Nr. 316. 36. Jahrg.

Abend-Ausgabe.

10 Pfennig

Bezugspreis:
Vierteljährl. 9,— Mk., monatl. 3,— Mk. frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezug: Monatlich 3,— Mk., exkl. Zustellungsgebühr. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 6,25 Mk., für das übrige Ausland 10,25 Mk., bei täglich einmal. Zustellung 8,25 Mk. Postbestellungen nehmen an Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden u. die Schweiz. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste.
Der „Vorwärts" mit der Sonntagsbeilage „Volk u. Zeit" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Anzeigenpreis:
Die achtgespaltene Kompatzillezeile kostet 1,20 Mk. „Kleine Anzeigen", das fettgedruckte Wort 50 Pfg. (zulässig 2 fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 25 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 40 Pfg., jedes weitere Wort 20 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Teuerungszuschlag 50%. Familien-Anzeigen, politische und gewerkschaftliche Vereins-Anzeigen 1,20 Mk. die Zeile. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190—15197.

Montag, den 23. Juni 1919.

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753—54.

Bedingungslose Unterzeichnung gefordert

Amsterdam, 23. Juni. Das Reutersche Bureau meldet aus Paris vom 22., daß Clemenceau, Wilson und Lloyd George heute abend folgende Erwiderung auf die deutsche Note, die um 7 Uhr abends eintraf, abgesandt haben:

Die alliierten und assoziierten Mächte haben die Note der deutschen Delegation vom gleichen Datum erwogen und fühlen, daß es in Anbetracht der Kürze der verbleibenden Zeit ihre Pflicht ist, sofort zu (hier fehlt im Reutertelegramm das Zeitwort; es wird heißen: antworten). Von der Zeit, innerhalb welcher die deutsche Regierung ihren endgültigen Beschluß bezüglich der Unterzeichnung des Friedens fassen muß, verbleiben weniger als 24 Stunden. Die alliierten und assoziierten Regierungen haben alle bisher von der deutschen Regierung mit Bezug auf den Vertrag gemachten Vorstellungen ernstlichst erwogen. Sie haben mit aller Offenheit darauf geantwortet und haben die Konzessionen, die zu machen sie für richtig hielten, gemacht. Die gegenwärtige Note der deutschen Delegation bietet keine Argumente oder Erwägungen, die nicht schon geprüft worden sind. Die alliierten und assoziierten Mächte fühlen sich daher genötigt, zu erklären, daß die

Zeit für Diskussionen vorbei

ist. Sie können keine Einschränkung und keinen Vorbehalt annehmen oder anerkennen und müssen von den deutschen Vertretern den unzweideutigen Beschluß verlangen bezüglich ihrer Absicht zu unterzeichnen und den Frieden als Ganzes, wie er endgültig formuliert worden ist, anzunehmen oder nicht zu unterzeichnen. Nach der Unterzeichnung müssen die alliierten und assoziierten Mächte Deutschland für die Durchführung jeder Bedingung des Vertrages verantwortlich machen.

Laut „B. Z." wurde heute nacht ½3 Uhr im Auftrage der deutschen Regierung eine neue Note an die Entente abgesandt, worin mit Rücksicht auf die eben erst stattgefundene schwierige Kabinettsbildung ein weiterer Aufschub von 48 Stunden erbeten wird, um die zu treffende letzte und schwerste Entscheidung im Einverständnis mit der Nationalversammlung, die erst für heute wieder zusammenberufen werden kann, zu fassen. Eine Antwort von der Entente ist bisher hierauf noch nicht erfolgt.

Unterschrift am Mittwoch?

Haag, 23. Juni. Hollandsch Nieuwsbureau meldet aus Paris: Die neue deutsche Delegation unter Führung von Erzberger wird am Dienstag in Versailles erwartet. Die Unterschrift wird am Mittwoch stattfinden. Die Assoziierten haben beschlossen, keine weiteren Aufschübe zu gewähren. Sie waren lediglich im Zusammenhang mit der Bildung einer neuen deutschen Regierung zu einer Fristverlängerung von 48 Stunden bereit, werden jetzt aber keine weitere Diskussion alter oder neuer Streitfragen gestatten. Wilson kehrt am Donnerstag nach Amerika zurück.

Die Noten an Clemenceau.

Mitteilung der Weimarer Entschließung.

Versailles, 22. Juni. Gesandter v. Haniel hat im Auftrage des Reichsministeriums heute dem Vorsitzenden der Friedenskonferenz, Clemenceau, vier Noten zustellen lassen:

1. eine Note, in der Clemenceau die Zusammensetzung der neuen Reichsregierung mitgeteilt wird.

2. eine Note, in der das Ergebnis der heutigen Abstimmung in der Deutschen Nationalversammlung bekanntgegeben wird.

3. eine Note, in der Herrn Clemenceau zur Kenntnis gegeben wird, daß Gesandter v. Haniel bevollmächtigt ist, die Antwort der Reichsregierung auf die Note des Präsidenten der Friedenskonferenz vom 16. Juni zu übergeben und Erklärungen abzugeben, Gegenerklärungen entgegenzunehmen und Verhandlungen zu führen.

4. die in obiger dritter Note erwähnte Antwort der Reichsregierung auf die Note des Präsidenten der Friedenskonferenz vom 16. Juni d. J. Diese letzte Note ist die Erklärung der deutschen Regierung zur Frage der Annahme der Friedensbedingungen der alliierten und assoziierten Regierungen.

Die Klauseln in der deutschen Antwort.

Frankreich verlangt eine vorbehaltlose Antwort.

Amsterdam, 23. Juni. Das Reutersche Bureau meldet aus Paris vom 22. die Uebergabe der deutschen Antwort mit den Vorbehalten der Nichtanerkennung von Deutschlands Verantwortlichkeit für den Krieg und der Nichtauslieferung verantwortlicher Politiker und Militärs. Das Reutersche Bureau erfährt dazu, daß die Heere der Alliierten vorrücken würden, wenn der Friede nicht bedingungslos bis Montag abend 7 Uhr unterzeichnet sei.

Antwortnote Clemenceaus auf die deutche Anfrage.

Keine Abweichung zwischen Vertrag und Denkschrift.

Die Antwort Clemenceaus auf die deutsche Note, welche die Auffassung vertritt, daß Abweichungen zwischen dem Vertrag und der Denkschrift beständen, ist eingetroffen. Darin erklärt Clemenceau, der an die deutsche Friedensdelegation übergebene Vertrag sei als authentischer Text zu betrachten, und legt dann ausführlich dar, daß Differenzen zwischen Vertrag und Denkschrift nicht beständen. Die eingeschobenen Korrekturen bedeuten nur Ergänzungen und Erläuterungen zu der Hauptnote.

Französische Pressestimmen.

Entschiedener Protest der Sozialisten.

Versailles, 22. Juni. „Populaire" schreibt: Ob Berlin unterzeichnet oder nicht, die Pflicht der Sozialisten bleibt unverändert. Wie wir Brest-Litowsk und Bukarest verurteilten, werden wir auch Versailles desavouieren. Die Friedenskonferenz hat nicht einen, sondern mehrere Kriege ausgearbeitet. Ueberall auf der Landkarte von Europa findet man Ursachen für Brände, Groll, Irredentismus, Massensklaverei. Unter dem Vorwand, den germanischen Imperialismus zu bändigen, hieß die Diplomatie den Imperialismus großer und kleiner assoziierter Mächte gut. Die Entente teilte sich in die Hinterlassenschaft des Besiegten, sie erkannte die großen Grundsätze nur an, um sie dafür besser zu verletzen. Wir alle werden diesen Mißbrauch triumphierender Gewalt künftig sehr teuer bezahlen, es sei denn, daß wir selbst die Welt nach einem anderen Plan neu aufbauen. Dies ist unsere Pflicht und da das erneuerte Europa leider ebenso chaotisch voller Ungerechtigkeiten und Tyrannei bleibt wie das alte, so wollen wir schwören, dieses üble Werk zu zerstören.

Zu den Unruhen in der französischen Marine

Ein Appell an die Vaterlandsliebe.

Versailles, 22. Juni. „Journal du Peuple" bringt unter der Ueberschrift: Was ist in Brest vorgefallen? die Meldung, daß der Marinepräfekt Vizeadmiral Salaun einen Tagesbefehl erlassen habe, in welchem er der Flotte die Anordnungen des Marineministers wegen zeitweiliger Entlassung von Mannschaften der Jahrgänge 1910, 1911 bekannt gibt und von ihrer Vaterlandsliebe ihre unverzügliche Rückkehr zur Pflicht und die Einstellung der andauernden Kundgebungen, die die Ehre der Truppe befleckten, erwartet.

Gefährliche Dummejungenstreiche.

Gegen 10 Uhr vormittags erschienen unter Führung eines Offiziers Soldaten und Studenten im Zeughause und nahmen nach längeren Verhandlungen mit den Beamten die französischen Fahnen, die 1870/71 erobert worden sind, mit sich und verbrannten sie auf der Straße unter Absingen patriotischer Lieder. Es hatte sich eine große Menschenmenge angesammelt, die ausnahmslos in die Weisen mit einfiel. Gegen 11 Uhr zerstreuten sich die Demonstranten, nachdem vorher ein Schutzmann eingeschritten war.

Dieser Streich läßt sich nur aus mißverstandenem Ehrgefühl erklären. Er sollte wohl, ähnlich wie die Versenkung der deutschen Kriegsschiffe ein Protest gegen die erdrückenden Friedensbedingungen sein. Da aber die Friedensbedingungen ausdrücklich von uns die Auslieferung der französischen Fahnen fordern, ist diese „Heldentat" eine strafwürdige Unüberlegtheit, die noch zu diplomatischen Auseinandersetzungen führen muß und dem Friedenswerk keineswegs dienlich ist, abgesehen davon, daß den französischen Hetzern mit dieser offenen Brüskierung des französischen Nationalgefühls wieder Wasser auf die Mühle geliefert wird.

Wie die Kommandantur mitteilt, sind höchstens 40—50 Personen an dem Streich beteiligt gewesen.

Die Unruhen in Kassel.

Die Spartakisten ziehen neue Kräfte heran.

Kassel, 22. Juni. W. T. B. meldet: Die Sicherheitsorgane beherrschen die Lage. Während des Sonntags ereigneten sich keine Zwischenfälle, jedoch wird Zuzug auswärtiger Spartakisten gemeldet. Alle Maßnahmen zur Abwehr sind getroffen.

Zehn Jahre Festungshaft für einen Augsburger Rätefführer. Wie uns aus Augsburg gemeldet wird, wurde das Mitglied des „Revolutionären Arbeiterrats", der Monteur Peter Blössl, der seinerzeit selbst nach dem Einmarsch der Regierungstruppen noch die Bewaffnung von Arbeitern durchzuführen versuchte, wegen Hochverrats, unter Zubilligung mildernder Umstände, zu zehn Jahren Festungshaft verurteilt.

Der Tag des Friedensschlusses.

Die eingeschränkte Annahmeerklärung, welche die neue Regierung gestern abend nach Versailles notifizierte, ist von der Entente glatt zurückgewiesen worden. Die Entente verlangt bedingungsloses Ja oder Nein. Dieser Erfolg war vorauszusehen, und wir hätten deshalb gewünscht, daß die Regierung das von vornherein zum Mißlingen verurteilte Experiment gar nicht erst unternommen hätte. Sie kann sich nun zwar darauf berufen, daß gewisse Bestimmungen des Friedensvertrages auch durch ihren nachdrücklichsten Protest nicht zu vereiteln waren; aber protestiert hatte man sowieso wegen des ganzen Vertrages, seines Gesamtcharakters und Gesamtinhalts. Es bedeutet daher eine Abschwächung dieses Gesamtprotestes, wenn man nun nochmal einzelne und dazu höchst unglücklich herausgesuchte Punkte zum Gegenstand eines qualifizierten Protestes macht. Selbst ein fanatischer Gegner der Unterzeichnung, wie Theodor Wolff, erklärt im „B. T.", mancher werde der Meinung sein, daß schließlich die Preisgabe von sogenannten Schuldigen nicht mehr als die Preisgabe von Millionen deutscher Landeskinder die Ehre verletzt.

Für die Entente freilich bedeutet dieser Fehler der deutschen Diplomatie keinen Milderungs- oder Entschuldigungsgrund. Es muß immer wieder daran erinnert werden, daß die Ententegeschichtsschreibung es als das größte Verbrechen der Zentralmächte und als Hauptbeweis ihrer Kriegsschuld angesehen hat, daß Oesterreich die Annahme seines Ultimatums durch die serbische Regierung wegen einiger kleiner Vorbehalte als nicht befriedigend angesehen und daraus den Grund einer Kriegserklärung abgeleitet hat. Was war aber die Einschränkung, die Serbien seinerzeit an dem österreichischen Ultimatum vornahm? Sie betraf etwas ganz Aehnliches, wie jetzt der Vorbehalt der deutschen Regierung. Oesterreich hatte im Juli 1914 von Serbien verlangt, daß österreichische Beamte an der gerichtlichen Untersuchung wegen der auf serbischem Boden begangenen Straftaten teilnehmen sollten. Das war weit weniger, als die jetzige Forderung der Entente, von ihr bezeichnete Personen als „Schuldige" glatt an eine fremde Gerichtsbarkeit auszuliefern. Trotzdem hat die serbische Regierung ein solches Ansinnen als unerträglich zurückgewiesen, und die Entente hat diese Zurückweisung auf das nachdrücklichste gebilligt, indem sie die darauf erfolgende österreichische Kriegserklärung als einen höchst verbrecherischen Akt stigmatisierte. Aber auf den deutschen Protest wegen ihrer gleichartigen, nur qualitativ viel härteren Forderung geht die Entente zur Tagesordnung über und droht ihrerseits mit der Wiederaufnahme der Feindseligkeiten, wenn Deutschland seinen Protest nicht fallen lasse. Kann es einen deutlicheren Beweis geben, wie heuchlerisch die moralische Entrüstung über die Methoden der Diplomatie des alten Systems im Munde von Leuten wie Clemenceau und Genossen ist?!

Aber wir haben von diesen Leuten nie etwas anderes erwartet und haben stets betont, daß wir uns nicht ihren Gründen und Sophistereien, sondern lediglich der brutalen Gewalt fügen, die bei ihnen steht. Nachdem die Entente die einschränkenden Klauseln der deutschen Annahme glatt abgewiesen hat, wird und muß der Frieden eben ohne Einschränkung unterzeichnet werden. Hätte man sich den letzten Protest erspart, so wäre vor der Welt noch klarer geworden, daß diese Unterzeichnung eine Unterzeichnung mit geschlossenen Augen ist. Wir unterzeichnen wie ein Mann, dem ein Erpresser mit vorgehaltenem Revolver einen Wechsel zur Unterschrift vorlegt. Es hat gar keinen Zweck für diesen Mann, sich erst davon zu überzeugen, ob dieser Wechsel über Millionen, Milliarden oder Trillionen lautet, wenn er weiß, daß er für die bescheidenste Einwendung gegen die Höhe der Erpressung über den Haufen geschossen wird.

Nur um dem deutschen Volk ein ähnliches Schicksal zu ersparen, soll der Frieden unterzeichnet werden. Die alldeutsche Presse versucht nochmals mit der Meldung von der Versenkung der Schiffe in Scapa Flow einen nationalistischen Taumel hervorzurufen. Aber ein lebendiges Volk kann nicht wie totes Schiffsmaterial auf den Meeresgrund befördert werden. Das wäre allerdings der letzte Triumph der alldeutschen Volksverderber, wenn es ihnen gelungen wäre, nachdem sie das deutsche Volk um Glück, Wohlstand, Frieden und Gedeihen, um eine segensreiche Zukunft und rasches Emporblühen zur höchsten Kulturhöhe betrogen haben, dem Volke unter dem Vorwand der Ehre auch noch das Letzte zu nehmen, was es besitzt, sein Dasein und seine nackte

Existenz. Das mag die Anschauung von Leuten sein, die Familienväter zwingen, sich für einen „dummen Jungen" irgendeines Angetrunkenen vor die Pistolenmündung zu stellen; für das Volk existiert der korpsstudentische Ehrenkodex glücklicherweise nicht.

Der heutige Montag, der 23. Juni, wird als Tag des Friedensschlusses in der Weltgeschichte stehen. Ein Freudentag ist er deswegen nicht und erst recht kein Tag, an dem es erlaubt wäre, nun die Hände müßig in den Schoß zu legen. Wenn wir den Frieden unterzeichnet haben in dem Bewußtsein, daß sein Inhalt, so wie er jetzt dasteht, das deutsche Volk zu ewiger Knechtschaft und Zwangsarbeit im Dienst des Ententekapitals verurteilt, so ist damit von selber gesagt, daß es unsere moralische Pflicht ist, nicht etwa Jahr auf Jahr in stumpfer Passivität die Bedingungen dieses Friedens über uns ergehen zu lassen. Es ist der historische Beruf der Sozialdemokratie, die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen in jeder Form zu bekämpfen, nicht nur die Ausbeutung einer Klasse durch die andere, sondern auch die Ausbeutung eines Volkes durch das andere. Durch diesen Friedensschluß erhält unser Klassenkampf ein doppeltes Gesicht: denn wenn wir auch die Ausbeutung des deutschen Arbeiters durch das deutsche Kapital beseitigen, wozu uns durch die Revolution der Weg geebnet ist, so bliebe danach die Ausbeutung der deutschen Arbeit durch den Ententekapitalismus bestehen und würde doppelt drückend in die Erscheinung treten.

Der Kampf gegen diesen Frieden bedeutet also ein notwendiges Stück unseres künftigen Klassenkampfes. Nicht vom nationalistischen, sondern vom proletarischen Standpunkt aus ist dieser Kampf als innerste Angelegenheit der deutschen Arbeiterklasse zu führen. Dabei können wir freilich nicht so vorgehen wie die „Deutsche Tageszeitung", die einfach erklärt, daß für sie und ihre Gesinnungsgenossen die Unterzeichnung des Friedens „keine Gültigkeit habe, weder jetzt noch später", und daß dies ihre Parole sei.

Wir müssen den Kampf gegen diesen Frieden ebenso führen, wie wir den Kampf gegen den alten Klassenstaat geführt haben, in dem wir lebten: Obwohl seine Gesetze von unseren Feinden und Ausbeutern gegen uns gemacht waren, haben wir ihre Gültigkeit anerkannt, aber sie keinen Augenblick unbekämpft gelassen, sondern Stück für Stück von ihnen niedergerungen und zu Fall gebracht. So auch stellen wir uns den Kampf gegen diesen Frieden vor, und wir hoffen dabei nicht schlecht zu fahren. Herr Clemenceau soll noch verzweifelt wie sein Ministerkollege Odilon Barrot vor dem Sturm von 1848 ausrufen: „La légalité nous tue" — die Gesetzmäßigkeit ist unser Tod, während wir, um mit den Worten Friedrich Engels zu sprechen, bei dieser Gesetzlichkeit pralle Muskeln und rote Backen bekommen und aussehen, wie das ewige Leben. Das hoffen wir zu erreichen, nicht mit irgend welcher Waffengewalt, sondern durch die Macht des Rechts, des Gedankens der Völkerversöhnung und des unaufhaltsam fortschreitenden internationalen Sozialismus.

Der 23. Juni 1919 steht in der Geschichte als der Tag eines Gewaltfriedens, der schon in der Stunde der Geburt zum Absterben verurteilt ist. — Es lebe der Tag der Völkerversöhnung und der Völkerfreiheit!

Die Diktatur des Klubs Cassirer.

Unserem Frankfurter Parteiorgan entnehmen wir folgende bezeichnende Ausführungen:

„In Berlin hat am Freitag ein Wechsel im Bestand der Reichstruppen stattgefunden. Verschiedene Truppenteile wurden verlegt, andere traten an ihre Stelle. Die Unabhängigen, die sich bekanntlich eifrig an die Berliner Soldaten heranmachten, müssen jetzt sehen, wie sie die neuen Ankömmlinge für die Diktatur eines Klubs Cassirer gewinnen können, den sie als „Diktatur des Proletariats" zu bezeichnen belieben.

Der vielfache Millionär Paul Cassirer hat nämlich einen eleganten Klub gegründet, in dem der elegant gekleidete Teil der Berliner Unabhängigen sich ein Stelldichein gibt. Dort wurde neulich in einem Raum, dessen luxuriösen Stil der Geist von Cassirers graziösen Gattin, der unvergleichlichen Schauspielerin Tilla Durieux, die Herr v. Jagow einst vergeblich zu minnen suchte, beherrscht. In der Bellevuestraße im Berliner Westen hat der Klub Cassirer eine ganze Etage gemietet, in der jüngst verabredet wurde, wer die neue Revolutionsregierung übernehmen solle.

Der Chef des Klubs, der begüterte Herr Cassirer, vergrößerte sein enormes Vermögen in den neunziger Jahren durch Verkauf von Bildern aus den Kreisen der Berliner Sezession. Bei Kriegsausbruch meldete er sich als Kriegsfreiwilliger — nicht gerade in den Schützengraben, sondern als Mitglied des Kaiserlichen Automobilklubs, nicht ohne vorher die vaterländische Konjunktur für die Grundlage einer Luxuszeitschrift benutzt zu haben, die Liebermann und andere führende moderne Meister in den Dienst der Kriegsbegeisterung stellte. Paul Cassirers persönliche Kriegsbegeisterung ließ etwas nach, als aus dem Kaiserlichen Automobilkorps die kriegsverwendungsfähigen Mitglieder in Infanterieuniform gesteckt wurden. Gute Beziehungen lösten ihn aber von diesem Schicksal bald ab und sandten ihn für Zwecke der „deutschen Kulturpropaganda" in die Schweiz. Als im Sommer 1918 das deutsche Kriegsglück im Westen sich wendete, fühlte der Millionär in seinem kaufmännischen Instinkt, daß hohe Buchhändlergewinne nur noch mit Radikalismus zu erzielen seien. Er schloß sich plötzlich der Partei der Unabhängigen an, vereinbarte Verlagsverträge mit den hervorragendsten Schriftstellern der U. S. P.

Im Klub Cassirer, von dem gewöhnliche „Proleten" ferngehalten werden, wie ein Komposthaufen vom Speisezimmer des Königs von England, verkehren Herr Dr. Breitscheid, Exminister Simon, der Chefredakteur der „Freiheit", Dr. Hilferding, und Helmut v. Gerlach, der in seiner „Welt am Montag" alle Parteien außer den Unabhängigen und Kommunisten herabsetzt.

Die Verschwörer des Klubs Cassirer lieben nicht Gewalt. Sie wollen „die Revolution weitertreiben", indem sie den Kommunisten und erregten Proletariern, die die „Freiheit" lesen, überlassen, sich gegen die Maschinengewehre der „Noske-Garde" aufzulehnen. Mißlingt der Putsch, so legen sie in der „Freiheit" dar, daß sie die kommunistische Taktik immer schon ablehnten. Glückt die Revolte, so stürzen sie vom Klubsessel in der Bellevuestraße schnell auf und eilen sporenstreichs auf die Straße mit dem Rufe: „Genossen, wir haben gesiegt."

Und dann verteilen die Mitglieder des Klubs Cassirer untereinander die Ministerposten und sonstigen Stellen der Staatswürdenträger. Einstweilen werden die Herren, wenn sie einander begegnen, nur lächeln, wie die römischen Auguren, jener Wahrsager, die sich gegenseitig kannten."

„Es ist keiner dabei . . ."

„Freiheit" und „Republik" vom Sonnabend graben ein Gedicht meiner Feder aus, das in einer der im fremden Hause erschienenen Nummern des „Vorwärts" aus den Januartagen erschienen ist. Die Schlußstrophe hat es ihnen angetan:

„Vielhundert Tote in einer Reih —
Proletarier!
Karl, Rosa, Radek und Kumpanei —
es ist keiner dabei, es ist keiner dabei.
Proletarier!"

Aus diesen Zeilen ziehen sie die ungeheuerliche Schlußfolgerung, ich bedaure, daß die drei nicht zu den Toten gehörten; ich habe damit die Freiwilligen zur Ermordung aufgefordert.

Ich habe im Gegensatz zu manchem, der sich jetzt als Kommunist aufführt, dem Kriege nicht eine Zeile der Unterstützung geliehen, die gleiche konsequente Abneigung bringe ich der Bruderschlächterei des Bürgerkrieges entgegen. Verschiedentlich ist mir von linksradikaler Seite die Leichtfertigkeit und Sinnlosigkeit des Januarputsches zugestanden worden. Das unmittelbare Erleben jener Scheußlichkeiten läßt begreiflich erscheinen, daß ich ein Gedicht schrieb, welches sich dagegen wendet, daß sich Proletarier um Leitartikel willen zum gegenseitigen Totschlagen verleiten lassen; da die Offensive von links kam, wandte es sich gegen deren Führer.

Daß Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, deren Tod mir trotz politischer Gegnerschaft als unersetzlicher Verlust des Proletariats und der Revolution erscheint, auf die schändlichste Weise ermordet werden könnten, kam mir erst durch die traurige Tatsache zum Bewußtsein. Daß mir von seiten der linksradikalen Presse Absichten der Begünstigung untergeschoben werden, rechtfertigt den Vorwurf jener Verantwortungslosigkeit, der gerade von dieser Seite gegen andere erhoben wird. Ich persönlich nehme den Sozialismus viel zu ernst, als daß ich durch solche Kampfesart die wesentlichste Voraussetzung seines hoffentlich baldigen Erfolges zerstören helfen könnte.

Artur Zickler.

Woher die Berechtigung?

Uebergriff eines Kommandanturgerichts.

Der Verlag der „Rätezeitung" sandte am 28. Mai an eine Buchhandlung in Hindenburg (Oberschlesien) auf deren Bestellung eine Anzahl Exemplare der „Rätezeitung" unter Kreuzband als Drucksache. Diese Sendung kam dieser Tage mit folgendem Begleitschreiben zurück.

Kgl. (!!) Gericht
der Kommandantur Glatz — Glatz, den 15. Juni 19
Tagb.-Nr. . . . .

An den Verlag der Räte-Zeitung
in Berlin NW. 6,
Luisenstr. 28.

Die Zeitungen folgen mit dem Vermerk zurück, daß sie sich nicht zur Aushändigung eignen.

Auf Anordnung
(Folgt Unterschrift)
Kriegsgerichts-Sekr.-Stellvertr.

Wir würden gern erfahren, woher das Kommandanturgericht die Berechtigung zu diesem Tun nimmt.

Deutscher Sozialistentag.

Konferenz für Einigung der Sozialisten.

Die Konferenz trat in die Diskussion über die Referate zum Rätesystem ein, die aber, nachdem zwei Redner gesprochen hatten, abgebrochen wurde. Um den Fortgang der Verhandlungen zu beschleunigen, wird jetzt der vierte Punkt der Tagesordnung behandelt:

Der Einigungsweg.

Der Referent Dr. Joelsohn (S. P. D.) führte aus, zur Wiedervereinigung der getrennten Parteien bedürfe es nur des festen Willens auf beiden Seiten. Die bis heute veranstalteten gemeinsamen Versammlungen und Aussprachen seien recht gut gewesen, es sei aber fraglich, ob sie in absehbarer Zeit zur Einigung führen. Nur Menschen mit politischem und menschlichem Takt könnten etwas für die Einigung leisten. Nachdem der Einigungsgedanke jetzt ein halbes Jahr propagiert worden sei, sei es an der Zeit, ein Einigungsprogramm aufzustellen und es den Massen vorzulegen, die dann die Führer zur Einigung drängen würden. — Der Redner besprach die Hindernisse der Einigung. Da gebe es zunächst gefühlsmäßige Hindernisse, die zurückzuführen seien auf die Kreditbewilligung, ferner durch getäuschte Hoffnungen nach der Revolution, welche die Arbeiterklasse völlig unvorbereitet getroffen und ihren Vertretern im Staat und in der Verwaltung Aufgaben zugewiesen habe, denen sie noch nicht gewachsen seien. Eine Klasse, die so lange in Unterdrückung gelebt habe, könne nicht über Nacht die Macht übernehmen. Diese Tatsache müsse den Arbeitern klargemacht werden, damit sie einsehen, daß der reine Rätegedanke, die Diktatur des Proletariats, nicht durchgeführt werden könne. Die Rätediktatur sei eine kommunistische Forderung, die sich ein konsequenter Sozialdemokrat nicht zu eigen machen könne.

Redner verliest eine lange Ausarbeitung, welche Richtlinien für die Einigung aufstellt. Er geht davon aus, daß das Ziel der Revolution die Beseitigung der kapitalistischen und die Errichtung der sozialistischen Gesellschaft sei. Er fordert für die äußere Politik Frieden und Freundschaft mit allen Völkern, Propagierung des Rätegedankens unter den Proletariern aller Länder zum Zweck der Durchführung des Sozialismus. Ein europäischer Wirtschaftsbund auf proletarischer Basis sei anzustreben. In der inneren Politik müsse die Einigung auf einer mittleren Linie zustandekommen. Fallen müsse auf der Rechten der Gedanke der reinen bürgerlichen Demokratie und auf der Linken der Gedanke der reinen Rätediktatur.

Franz von Liszt.

Mit Franz von Liszt, den der Tod im 60. Lebensjahre von schwerem Siechtum erlöst hat, ist einer der besten Männer der deutschen Gelehrten- und Kulturwelt von uns geschieden. Er war ein Gelehrter des seltenen Typus, der nicht im Spezialistentum seines Faches verknöchert, sondern dem seine Wissenschaft die Grundlage ist, um sich zu höherer Menschlichkeit zu entwickeln.

Franz von Liszt, der geborene Wiener, hat fast zwei Jahrzehnte als Lehrer an der Berliner Universität gewirkt, nachdem er vorher in Gießen, Marburg und Halle tätig gewesen war. Seine Strafrechtsvorlesungen waren berühmt, aber trotz des regen Zulaufs ist von dem Geiste Liszts bis heute wenig in die praktische Strafrechtspflege eingedrungen; denn bei dem heutigen Studentenmaterial mußte Liszt seine Erziehungsversuche zu ideal-menschlicherer Denkungsweise meistenteils „am untauglichen Objekt" machen.

Nichtsdestoweniger hat Franz von Liszt auf dem Gebiete der Strafrechtspflege bahnbrechend gewirkt. Das kam, weil er kein kalter Verstandesmensch und bloßer Formaljurist war — obwohl gerade auch er es ist, der das von den Buchstaben-Pandektisten stets verachtete und als minderwissenschaftlich betrachtete Gebiet des Strafrechts auf die Höhe einer gleichberechtigten Wissenschaft gehoben hat. Nein, Liszt war mit warmem Herzen bei den unschuldig Verurteilten und den Falschbeurteilten, bei den zahllosen Opfern der immer noch von mittelalterlichen Gesichtspunkten beherrschten Strafrechtspflege unserer Zeit. Das zeigte sich auch darin, daß er u. a. dem Strafvollzug und seiner Reform die lebhafteste Beachtung entgegenbrachte, während das Interesse der durchschnittlichen Formaljuristen am Angeklagten mit der Urteilsfällung meist völlig erschöpft ist.

Liszt hat mit Leidenschaft alle jenen Theorien bekämpft, an denen der größte Teil seiner rückständigen Kollegen noch heute festhält, wonach der Zweck des Strafrechts die Abschreckung oder Rache ist. Ihm kam es darauf an, den Verbrecher, in dessen Tun er Mangel an sozialer Gesinnung sah, zu bessern und als nützliches Glied der Gesellschaft zurückzugeben. Deshalb drang er auf die psychologische Erforschung des Verbrechens und auf die Beseitigung starrer Strafrechtsvorschriften, namentlich aber auch auf ein menschliches Strafrecht für Jugendliche.

Neben dem Strafrecht war Liszts Domäne das Völkerrecht. Hier hat er schon vor Jahren manchen Gedanken entwickelt, der jetzt erst langsam Anerkennung findet, namentlich war er auch Anhänger der obligatorischen Schiedsgerichte.

Auch politisch war Liszt tätig, er gehörte der fortschrittlichen Volkspartei an und wurde von dieser 1908 in das Preußische Abgeordnetenhaus, 1912 in den Reichstag entsandt. Doch war seine Bedeutung auf eigentlich politischem Gebiet gering, als Abgeordneter enttäuschte er viele Erwartungen. In den letzten Jahren trat er infolge zunehmenden Leidens immer weniger hervor. Nicht dem Politiker, aber dem Wissenschaftler und Menschen Liszt bewahrt auch die Arbeiterschaft ein ehrendes Andenken.

Die Kunst in der ungarischen Räterepublik.

Die Budapester Räteregierung hat sich der Kunstpflege und Kunstförderung mit großem Eifer angenommen, wie aus einem von Bruno Adler in der Kunstchronik veröffentlichten Bericht hervorgeht. Dem Volksamt für Erziehungs- und Bildungswesen wurde ein Kommissariat für Kunst angegliedert, das mit erstaunlicher Präzision die Sozialisierung des privaten Kunstbesitzes durchführte. (In Deutschland haben wir dank der ruhig weiter amtierenden Geheimratswirtschaft nicht einmal ein Ausfuhrverbot für unersetzliche Kunstwerke zustande gebracht! Die Red.) Die Räteregierung kam so innerhalb weniger Wochen in den Besitz eines Museums, das sich den hervorragendsten Galerien zur Seite stellen kann und in dem die großen Meister aller Epochen, besonders die Klassiker der nordischen Kunst und die Meister des französischen Impressionismus, fast vollzählig vertreten sind. Die besten der auf diese Weise zusammengebrachten Gemälde, Plastiken und kunstgewerblichen Gegenstände sollen das Budapester Nationalmuseum bereichern. Außerdem sollen eine zweite Galerie und eine Anzahl von Provinzmuseen errichtet werden. Schwieriger gestaltet sich die Sorge für Kunst und Künstler der Gegenwart. Da die kommunistische Wirtschaftsform den Kunsthandel und den Mäzen ganz, den gelegentlichen Käufer fast ausschließt, muß der Staat den Künstlern Lebens- und Schaffensmöglichkeit sichern. Es wurden daher von Fachkommissionen Kataster angelegt, in die alle jene Künstler aufgenommen werden, deren Erhaltung der Staat übernimmt. Aehnlich wie die Schriftsteller sollen die bildenden Künstler monatliche Gehälter beziehen, die sich je nach der Bedeutung zwischen 1600 und 3000 Kronen bewegen. Für die Verwertung der Kunstwerke durch den Staat ergeben sich Schwierigkeiten, die noch lange nicht überwunden sind. Der beste Teil der zeitgenössischen Produktion soll Eigentum des Staates bleiben und für die öffentlichen Sammlungen oder zum Schmuck von Staatsgebäuden und Schulen bestimmt werden. Für jeden Kunstzweig ist ein besonderer Kommissar ernannt. Die Budapester Hochschule ist durch sieben Lehrstühle für Kunstwissenschaft bereichert worden; auch auf der neugegründeten Arbeiteruniversität soll die künstlerische Volkserziehung gepflegt werden; eine neue Kunstzeitschrift wird vom Staate vorbereitet. Die Budapester Künstler haben ihre Arbeit zum erstenmal bei der Feier des 1. Mai in den Dienst des Staates gestellt. „Die Dekoration der Stadt erreichte mit verhältnismäßig geringen Mitteln eine bei solchen Anlässen seltene künstlerische Höhe. Ob aber der expressionistische Bildschmuck, der das Stadtbild dauernd beherrscht, dem ungarischen Proletariat wirklich zu Herzen spricht, bleibe dahingestellt."

Tolstoianer und Bolschewisten.

In der „Humanité" beschließt Paul Biukow einen Zyklus von Aufsätzen über das bolschewistische Rußland. Er wirft die Frage auf: „Wie stellen sich nun die Bolschewisten zu den Anhängern Tolstois?" Antwort: Sie nehmen eine sympathische Haltung ein. Ich durfte in voller Freiheit Vorträge halten, und bin dabei niemals beunruhigt worden. Alle Tolstoischen Zeitungen und Zeitschriften erscheinen regelmäßig. Die Tolstoianer sind gern gesehen, weil alle Politik aus ihrem Programm ausscheidet. Wir erkennen keine Macht an, sind aber auch keiner Macht feindlicher als der anderen, und für diese Neutralität weiß uns die Regierung Dank. Wir haben von unserem Ideal nichts aufgegeben. Wir kennen die Mängel der Marxschen Theorien, deren wichtigster nach unserer Meinung das Fehlen jedes moralischen Faktors ist. Das Tolstoische Ideal eignet sich am besten für das russische Volk. Die bolschewistische Regierung hat die Presse monopolisiert, um ihre Ideen zu verbreiten. Aus diesem Grunde läßt sie auch unzählige Propaganda-Broschüren verteilen. Das Volk aber, das an derartigen Schriften keinerlei Gefallen findet, verlangt nach den Werken Tolstois. Und die Bolschewisten lassen sich die Kritik der Tolstoianer gefallen. Daraus folgt, daß die Lage der geistigen Anhänger Tolstois heute viel besser ist als zur Zeit des Zarenraus. Lunatscharsky, der junge intelligente Minister des öffentlichen Unterrichts, hat nach einem Uebereinkommen mit Tscherkoff, dem Freunde Tolstois, 15 000 000 Rubel für eine Tolstoi-Stiftung bewilligt, deren Zweck es ist, die Werke Tolstois und seiner Jünger so weit wie möglich zu verbreiten.

Sodann stellt Biukow die Frage: Ist es wahr, daß sich Gorki der bolschewistischen Regierung vollständig angeschlossen hat? Antwort: Das ist nicht ganz richtig. Gorki und die Bolschewisten beurteilen und kritisieren sich unter gegenseitiger Duldung. Gorki organisierte bei meiner Abreise von Rußland ein großes Unternehmen: die Herausgabe ausländischer Schriftsteller. Aber ein derartiges Unternehmen stößt heute auf zahlreiche Schwierigkeiten, unter denen die Papierknappheit die schlimmste ist.

Notizen.

— Theater. In den Kammerspielen des Deutschen Theaters findet am Donnerstag die Erstaufführung der Komödie „Das Weib und der Hampelmann" statt. — Reinhart Maur vom Deutschen Theater hat am Sonnabend am Schauspielhaus als Franz Moor gastiert. Die Leistung wurde sehr anerkannt.

Diese beiden Formen der Staatsleitung seien jetzt und für die Zukunft zu verwerfen. **Die reine parlamentarische Demokratie führt zur Herrschaft der Plutokratie.** Die Musterländer des Kapitalismus seien zugleich Musterländer der Demokratie. Daraus erkläre sich der Umstand, daß die sozialistische Rechte bei der Einführung der Demokratie in Deutschland das Entgegenkommen der Parteien finde, welche kapitalistische Interessen vertreten. Das Mißtrauen gegen die Koalition mit bürgerlichen Parteien sei persönlich und berechtigt. Auf der anderen Seite sei aber auch die reine Rätediktautr zu verwerfen. Sie könne in Deutschland nicht errichtet werden. Aber eine latente Diktatur, welche die bürgerlichen Kreise vorwärts treibe, sei möglich. In diesem Sinne erklärt sich der Redner für die Diktatur des Proletariats. Die Rechtssozialisten müßten den Boden der bürgerlichen Demokratie verlassen und sich auf den Boden der sozialen Demokratie stellen, und die Kommunisten müßten den Gedanken der reinen Rätediktatur aufgeben. So sei die Eingung möglich und die Voraussetzung zur Durchführung des Sozialismus gegeben. Zu diesem Zweck schlägt der Redner die Einsetzung einer Reichssozialisierungskommission vor, deren Aufgaben er im einzelnen darlegt.

Der Korreferent **Wilke** (U. Soz.) sagte, er halte es im Interesse der Einigung für notwendig, das Trennende zurückzustellen und das Einigende in den Vordergrund zu stellen. (Beifall.) Er wünsche, daß alle Redner von dem gleichen Verantwortungsgefühl beseelt seien. Die Massen seien erfüllt von dem Drange nach Einigung. Es könne sich nicht darum handeln, aus einer Partei in die andere hinüber zu wechseln. Wenn jede der sozialistischen Parteien Mitglieder der anderen für sich zu gewinnen suche, dann kommen wir nicht zum Ziel. Wenn die Massen, die hinter den Delegierten stehen ,in der entschiedenen Absage gegen den Kapitalismus einig seien, dann sei die Einigung der Parteien schon zur Hälfte vollzogen. Wenn wir über die Einigung sprechen wollen, dann dürfen wir nicht auf das sehen, was hinter uns liegt, sondern wir müssen vor uns schauen. Die Vergangenheit ist hin, wir müssen die Zukunft gewinnen. (Beifall.) Unser Ziel muß sein, eine rein sozialistische Regierung. Bei einer Koalitionsregierung kann nur ein Kompromißsozialismus herauskommen, der die Massen nicht befriedigen kann. Einigkeit ist notwendig, wenn der Sozialismus verwirklicht werden soll. Redner ersucht, in allen Orten Arbeitsgemeinschaften der Sozialisten zu bilden. Dort sollen sich die Mitglieder der S. P. D., der U. S. P. D., der K. P. D. zusammenfinden und auch Sozialisten, die keiner der drei Parteien angehören. Die Ortsgruppen der Zentralstelle für Einigung der Sozialdemokratie könnten zu örtlichen sozialistischen Arbeitsgemeinschaften umgestaltet werden. Die örtlichen Arbeitsgemeinschaften könnten zu einem deutschen sozialistischen Kartell zusammengeschlossen werden. Das Wichtigste sei zunächst, daß in den Arbeitsgemeinschaften alle bisher bekannten Vorschläge zum Rätegedanken erörtert werden. Die Mitgliedschaft in der Arbeitsgemeinschaft solle natürlich niemanden hindern, innerhalb seiner Partei seine Pflichten zu erfüllen. In der Arbeitsgemeinschaft müsse volle Parität herrschen. — Im Interesse des ganzen Proletariats müsse die Einigung vollzogen werden. Nur das geeinte Proletariat könne die Reaktion überwinden, die jetzt auf dem Marsche sei. (Lebhafter Beifall.)

In der Diskussion schildert **Niederlich-Kawitsch** die Erfahrungen, die er nach der Revolution in Posen gemacht hat. Nicht die Massen, sondern die Führer seien schuld an der Parteispaltung. Jetzt wollen wir die Einigung in die Hand nehmen und wenn sich die Führer dem entgegensetzen, jagen wir sie zum Teufel. (Stürmischer Beifall.)

Wegner-Rostock (K. P.) bemerkt, daß er nicht die kommunistische Partei, sondern eine Gruppe sozialistischer Studenten vertritt. Er hält die vom Korreferenten empfohlenen Arbeitsgemeinschaften für einen Weg zum gemeinsamen Arbeiten. Ueber die Prinzipien der Parteien werde ja eine Einigung nicht erzielt werden.

Rhone-Essen (U. S. P.) hält es für notwendig, das Trennende zu betonen, weil man anders nicht zur Einigung kommen könne. Wenn eine Einigung möglich wäre, dann würde sie auf dem Parteitag in Weimar zustandegekommen sein. Aber der Parteitag in Weimar sei ein Parteitag von Marionetten gewesen. (Lebhafter Widerspruch. — Ed. **Bernstein**: Das war ein Parteitag von Sozialdemokraten, aber nicht von Marionetten.)

Vors. **Bauer** (U. S. P.): Der Ausdruck Marionetten ist doch keine Beschimpfung, man meint damit Leute, die von anderen bewegt werden. (Lebhafter Widerspruch, große Unruhe.)

Rhone: Ich habe sagen wollen, daß die Führer des Parteitags ihre Leute am Gängelbande geführt haben. (Lärm und Widerspruch.)

Ed. **Bernstein** nimmt als Ehrenpräsident das Wort und legt ganz entschieden Verwahrung ein gegen eine derartige Beschimpfung des Parteitags.

Rhone fährt fort, die S. P. D. anzugreifen. Er findet lebhaften Beifall bei seinen Parteigenossen und heftigen Widerspruch bei den Mitgliedern der S. P. D. Der Redner erwartet, daß Ledebour heute freigesprochen werde und bezeichnet ihn unter stürmischem Beifall fast der ganzen Versammlung als einen hervorragenden Kämpfer des Proletariats.

Heiner-München (S. P. D.) fordert, daß Noske von seinem Posten entfernt werde. Das sei die erste Vorbedingung der Einigung. (Starker Beifall.) Die revolutionäre Stimmung im Lande sei abgeflaut, die Reaktion erhebe ihr Haupt, die Einigkeit des Proletariats sei deshalb nötiger als je, sie könne nur auf dem Boden der Arbeitsgemeinschaft zustande kommen. Wenn die Führer sehen, daß die Massen die Einigung wollen, dann werden sie sich fügen, sonst gehen sie unter. (Lebhafter Beifall.)

Prozeß Ledebour.

Der heutige Tag gehört zunächst dem Angeklagten **Ledebour**, der seine Schlußverteidigungsrede hält. Nach seiner Meinung sei der Versuch der Anklagebehörde, ihm eine strafrechtlich zu ahndende Handlung nachzuweisen, durch die Ausführungen der Verteidiger vollständig zunichte gemacht worden. Er werde sich darauf beschränken, die persönlichen Kränkungen und persönlichen Angriffe der Staatsanwaltschaft und eines Zeugen zurückzuweisen; dann liege ihm ob, die Widerlegung der Angriffe dieses Zeugen, da die nach dieser Richtung hin beantragte Beweisaufnahme durch Gerichtsbeschluß unmöglich gemacht worden sei; endlich habe er Auskunft zu geben, wie er seine politische Tätigkeit, die zu diesem Prozesse geführt, aufgefaßt habe, welche Gründe er dafür gehabt und welchen Zweck er damit verfolgt habe und verfolgen werde. Der Angeklagte schildert dann des längeren in scharf zugespitzten Worten, die bei den Zuhörern wiederholt Heiterkeit auslösen und den Vorsitzenden mehrfach zu Unterbrechungen und ernsten Rügen veranlassen, die nach seiner Meinung vorhandenen Krebsschäden in der Behandlung von Untersuchungsgefangenen, erklärt es für eine Schmach der Journalistik, daß Organe der bürgerlichen Presse Tag für Tag in boshafter Weise seine Haltung und sein Auftreten vor Gericht unter Hinweis auf allerlei Kleinigkeiten kritisiert haben, um immer wieder gegen ihn zu hetzen. Die Torturen, die ein Untersuchungsgefangener auszuhalten habe, seien unbeschreiblich, und man müsse fragen, mit welchem Recht solche Torturen veranlaßt werden. Bei der weiteren Ausmalung der Notwendigkeit, daß in der Strafrechtspflege und in dem Untersuchungsverfahren Reformen einzutreten haben, bringt der Angeklagte einen Vorfall zur Sprache, der sich in einer Mittagspause in diesem Saale abgespielt habe. Als seine Frau an ihn herangetreten sei und ihm Nahrungsmittel überbringen wollte, wie dies im Untersuchungsgefängnis täglich ungehindert geschehen sei, sei dies von einem Staatsanwalt ernstlich verboten worden, aber nicht von einem der amtierenden Staatsanwälte, sondern von dem zufällig im Saale anwesenden Staatsanwaltschaftsrat Weißmann, der doch nur als Kiebitz der Verhandlung beigewohnt habe. (Heiterkeit im Publikum.) Vorsitzender: Ich weise derartige, ganz unzulässige Ausdrücke zurück und ersuche Sie, bei der Sache zu bleiben. Einen breiten Raum in seiner Verteidigungsrede nehmen dann die mit allerlei bissigen und witzelnden Redewendungen ausgestatteten Angriffe auf den Staatsanwalt **Zumbroich** ein, wobei er wiederholt vom Vorsitzenden unterbrochen und in seine Schranken verwiesen wird. Das geschieht u. a., als er sich an den Staatsanwalt mit der Bemerkung wendet: „Herr Staatsanwalt, ich habe Sie nie für einen großen Juristen gehalten!" „Wir werfen dem Staatsanwalt auch nicht seine Jugend vor", sondern daß er hier auftritt, obgleich es ihm fehlt an juristischem Können, an dem nötigen politischen Wissen und an der sittlichen Reife. Auf die entschiedene Zurückweisung solcher persönlichen Angriffe gegen den Staatsanwalt, zu der sich der Vorsitzende veranlaßt sieht, erwidert der Angeklagte: er müsse doch das Recht haben, auf persönliche Angriffe zu erwidern.

Vors.: Wenn Sie in dieser Weise fortfahren, zu polemisieren, wird das Gericht beraten, ob Ihnen noch das Wort gelassen werden soll. — **Angell**: Der Staatsanwalt **Zumbroich** hat nicht nur meine Person, sondern auch meine Partei bespöttelt, indem er meinte, es sei doch wunderbar, daß **wir** die Jugend bekämpfen. Auf die Jugend, die **Sie** repräsentieren, Herr Staatsanwalt, verzichten wir allerdings. Also müssen wir die Behauptung, daß wir die Jugend verloren hätten, mit Lächeln zurückweisen. Der Angeklagte wendet sich dann gegen die Ausführungen des Staatsanwalts Gysae und gegen die Art, wie die Staatsanwaltschaft die Ergebnisse der Beweisaufnahme der Geschworenen falsch vorgeführt habe. Er begründet dann in langen politischen Darlegungen seine Stellung zu den politischen Ereignissen, die zur Revolution geführt haben und seine Auffassung über das Recht auf Revolution, die Fehler, die von den Parteien während des Krieges gemacht worden seien und die letzten Vorkommnisse, die schließlich den Putschen vorangingen. Eine Revolution gleiche in gewissem Sinne der Echternacher Springprozession, wo zwei Schritte vorwärts und einer zurückgemacht wird. „Wir machen jetzt in der Revolution einen Schritt zurück, wir aber wollten schon im Januar zwei Schritte vorwärts machen. Der erreichte Beharrungszustand wird nicht von Dauer sein. Er möchte da ein Gleichnis gebrauchen: Wenn im Winter ein Fluß zufriert, dann kommt schließlich die Frühlingssonne und spaltet langsam die Eisdecke. So ist es auch mit der Revolution.

Industrie und Handel.

Börse.

Die Börse ließ zunächst eine einheitliche Haltung vermissen. Die schroffe Ablehnung der Entente verursachte verschiedentlich **Abgaben**, lediglich auf einzelnen Gebieten zeigte sich wieder Kauflust, so insbesondere für **Farbwerte**, die erneut höher eröffneten. Im späteren Verlaufe bahnte sich eine allgemeine **Befestigung** an, ausgehend von der Erholung, welche die Reichsmark in den neutralen Ländern erfahren hat. Bessere Kurse erzielten **Schiffahrtsaktien, Montanpapiere** und einzelne **Elektrowerte**. Im Angebot standen die ausgesprochenen **Valutapapiere**, in erster Reihe ausländische Eisenbahnaktien. **Heimische Anleihen** setzten etwas schwächer ein, waren aber später gleichfalls erholt. **Kriegsanleihen** stellten sich auf 76½.

Groß-Berlin

Gegen den Obstwucher.

Um die Senkung der Frühobstpreise zu erzwingen, haben am gestrigen Sonntag die in Werder an der Havel das Obst für Berlin aufkaufenden Großhändler beschlossen, den Produzenten die verlangten hohen Preise nicht mehr zu bezahlen. Die Erzeuger forderten gestern noch 2—3 M. für Kirschen und 4—5 M. für Erdbeeren je Pfund. Infolge diese Differenzen lehnten die Großhändler die **sofortige** Bezahlung überhaupt ab. Bei Eingang des Obstextrazuges gestern abend in Berlin wurde weiter beschlossen, am Montag früh für Kirschen nicht über 1—1,50 M., und für Erdbeeren 2—2,50 M. von den Kleinhändlern zu fordern. Unter dem Drucke der Kleinhändler wurde dann am heutigen Frühmarkt der Preis endgültig auf 1 M. für Kirschen und 2 M. für Erdbeeren festgesetzt. Es kommt nur noch ein Kleinhandelsaufschlag von 30 Proz. in Betracht, so daß das Obst mit 1,35 bzw. 2,60 M. je Pfund an den Verbraucher abgegeben werden muß. Unter Berücksichtigung der guten Frühobsternte ist seitens des Großhandels die weitere Herabsetzung des Erzeugerpreises auf 0,70 M. für Kirschen und auf 1,25 M. für Erdbeeren beabsichtigt. Es würde danach ein Großhandelspreis von 0,80 M. (bei Erdbeeren 1,40 M.) und ein Kleinhandelspreis von 1,10 M. (bei Erdbeeren 1,90 M.) zustande kommen.

Verschiebung der Abfahrt von Ferienkindern. Der für morgen, 24. Juni, in Aussicht genommene Sonderzug zum Transport von Berliner Schulkindern nach den Kreisen Fischhausen, Labiau und Niederung in Ostpreußen fällt aus. Ueber eine gegebenfalls später stattfindende Verschickung erhalten die Eltern durch die Schule Nachricht.

Drei Frauen bei einem Bootsunglück auf dem Seddinsee ertrunken.

Ein schweres Bootsunglück, das drei Menschenleben als Opfer forderte, ereignete sich gestern in der Nähe von Grünau. Der Bootseigner Heinrich, Carolinenhof, machte gestern mit seiner Jolle eine Segelpartie nach dem Seddinsee. In der Nähe des Wernsdorfer Kanals kenterte das mit 9 Personen besetzte Boot infolge einer stark einsetzenden Böe, als sich gerade mehrere der Insassen um die Bergung einer über Bord gegangenen Mütze bemühten. Verschiedene Segelboote bemühten sich um die Rettung. Es gelang auch, sechs von den Insassen der Jolle in die Boote zu ziehen. Drei Frauen ertranken jedoch, darunter die Frau des Heinrich.

Sonnwendfeier der Arbeiterjugend.

Nach mehrjähriger Unterbrechung fand zum ersten Male wieder die Sonnwendfeier des „Vereins Arbeiterjugend Groß-Berlin" am Paetzer Vordersee statt. Zweitausend Jugendliche und Erwachsene waren dem Rufe gefolgt. Schwere dunkle Wolken jagten am Himmel dahin und leise rauschten die Wellen, als gegen Mitternacht der Holzstoß angezündet wurde. Eingeleitet wurde die Feier durch einen Prolog von Walther Sturm. Der aus Jugendlichen bestehende Mandolinen- und Lautenchor trug durch einige Volkslieder sehr zur Verschönerung der Feier bei. Reichen Beifall ernteten die Damen des Frauenquartetts. Gen. Sturm sprach über den altheidnischen Brauch des Festes, über das heilige Symbol des Feuers. Vier lange Jahre lastete die Trübsal des Krieges auf uns. Heute ist dieser Druck endlich von uns genommen. Sturm wies hin auf die Jugend, auf die Zukunft der Internationale. „Seid umschlungen Millionen". — Still war es im Kreise geworden; nur das Knistern des Feuers und das leise Rauschen des Sees war zu hören. Alle hatte eine weihevolle Stimmung ergriffen, die sich erst nach und nach wieder löste. Und jetzt setzte ein wilder heidnischer Tanz ein, von Berliner und Cöpenicker Jugendfreunden aufgeführt. Drei Nornensprüche — Krieg, Revolution und Frieden — und einige Lieder des Lautenchors schlossen die Feier. Ein buntes ausgelassenes Sonnwendtreiben folgte und bis in den anbrechenden Morgen hinein ertönten die Jubelrufe.

Treptow-Baumschulenweg. Versammlung der Arbeitslosen (Kopf- und Handarbeiter) Mittwoch, abends 6 Uhr, in der Aula des Realgymnasiums, Neue Krug-Allee.

Friedenau. Die Sprechstunden des kommunalen Arbeiterrats finden nicht mehr bei Gillert, sondern im Lokal von Spieß, Rheinstraße Ecke Rönnebergstraße, Dienstag und Freitags von 6—8 Uhr statt.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

34. Abteilung. Heute Montag 7 Uhr Frauenabend bei Obiglo, Stralsunder Str. 11. Referent: Genosse Albert Fleck.

Adlershof. Dienstag, 7½ Uhr, Mitgliederversammlung bei Lehmgrübner, Bismarckstraße 2, Berichterstattung vom Parteitage.

Sozialistische Studentenpartei. Mittwoch, abends 8 Uhr, spricht Genosse Kaliski über Produktionsaufbau und Rätesystem.

Jugendveranstaltungen.

Mahlsdorf. Dienstag, 8 Uhr, Aula der Gemeindeschule Waldersee-straße: Oeffentliche **Jugendversammlung**. Tagesordnung: Vortrag des Genossen **Rüdiger**: „Wo soll die arbeitende Jugend und Unterhaltung suchen?"

Groß-Berliner Lebensmittel.

Lichtenberg. Erwerbslose, die nicht in der Lage sind, das ausländische Fleisch zu kaufen, können dafür billigere Fleischkonserven erhalten. (Magistratsbekanntmachung.) Die Arbeitslosen haben sich vor Einkauf beim Arbeitslosenrat Lichtenberg, Marktstr. 10—11, Turnhalle, zu melden.

Henningsdorf. Am Dienstag auf Lebensmittelkarte B Nr. 13 625 Gramm Marmelade, auf E. Z. 5 der Einfuhrzusatzkarte 250 Gramm amerikanisches Weizenmehl oder gegen Abstempelung der Marke 250 Gramm inländisches Weizenmehl. Auf Lebensmittelkarte B Nr. 14 160 Gramm Dörrgemüse. Am Mittwoch auf Lebensmittelkarte A 19 425 Gramm Weizengrieß, auf Lebensmittelkarte A 20 250 Gramm Haferflocken. Am Donnerstag auf Fettkarte laufender Woche Margarine.

Gewerkschaftsbewegung

Tarifbewegung der Werkmeister in der Luxuspapierbranche.

Der Werkmeisterverband für das deutsche Buchbindergewerbe und verwandte Berufe nahm in einer öffentlichen Versammlung aller in der Luxuspapierindustrie tätigen Werkmeister, Direktricen und Vorarbeiter im Restaurant Schultheiß, Brückenstr. 6b, Stellung zu den tariflichen Forderungen. Der Vorsitzende Keller betonte, daß diese Gehalts- oder Tarifbewegung nicht identisch sei mit der zufällig zur selben Zeit in Szene gesetzten Streikbewegung der Angestellten des Papiersaches, welche von dem gelben „Gewerkschaftsbund" eingeleitet werde, aber so zerrissene Formen aufweist, daß ein Erfolg aussichtslos sei. Die Tarifkommission unterbreitete der Versammlung die ausgearbeiteten Vorschläge für einen einzureichenden Tarif. Nachdem noch einige Ergänzungen vorgenommen, wurde der Tarif in allen seinen Teilen als Minimaltarif anerkannt. In der Diskussion kam zum Ausdruck, daß die Gehaltsforderungen in Anbetracht der Verhältnisse sehr bescheiden genannt werden müßten. Es wurde mehrfach die Erhöhung der Gehaltssätze gefordert, da die Angestellten bei Kriegsbeginn sich fast ausnahmslos, nicht geringe Gehaltskürzungen gefallen lassen mußten. Drauß erkannte die Berechtigung dieser Forderungen vollständig an, jedoch müsse man, um zu einem allgemein befriedigenden Abschluß zu gelangen, die Forderungen im Rahmen des Erreichbaren stellen. Nach ausgiebiger Diskussion wurde sodann der Vorstand und die Tarifkommission beauftragt, die Forderungen der zuständigen Unternehmerorganisation zu unterbreiten und für einen schleunigen Tarifabschluß einzutreten. Durch zahlreiche Neuaufnahmen in die Organisation bekundeten die Anwesenden geschlossen, daß sie für die Durchführung der Forderungen einzutreten gewillt sind.

Die Angestellten und der Deutsche Kriegerbund.

Seit Dezember vorigen Jahres stehen die Angestellten des Deutschen Kriegerbundes sowie des Kyffhäuser-Bundes im Kampf um ihre Existenz. Nachdem sich nun die Angestellten zusammenschlossen, um sich endlich bessere Einkommensverhältnisse zu schaffen, sah sich der Bundesvorstand genötigt, mit den Angestellten und ihrer Interessenvertretung, des Verbandes der Bureauangestellten Deutschlands, Ortsgruppe Groß-Berlin, in Verhandlungen zu treten. Einen Tarifvertrag abschließen zu können, erklärte sich der Vorstand außer stande, weil er glaubt, daß der demnächst in Kassel tagende Abgeordnetentag dem Bundesvorstand Vorwürfe wegen seiner Disposition, welche nach Angabe weit über die Leistungsfähigkeit des Bundes hinausgegangen sei, machen würde. In wiederholten Kommissionssitzungen war es nicht möglich, eine Grundlage für die Besoldung der Angestellten zu finden, die geeignet erschien, die Angestellten einigermaßen zufriedenzustellen. Erst eine Sitzung des Gesamtvorstandes wird auf dem Kyffhäuser über das Wohl der Angestellten beschließen. Diese Moral dürfte für die deutsche Arbeiterschaft auch von Interesse sein.

Noch ist ja nicht das letzte Wort gesprochen, denn die Angestellten sind nicht gewillt, sich so wie seither abspeisen zu lassen.

Verbandstag der Handlungsgehilfen.

Nürnberg, 22. Juni.

In der weiteren Debatte über die Geschäftsberichte nahmen Lange und Urban in ihren Schlußworten Stellung zu dem Material, das die zweitägige Aussprache ergeben hatte. Nach den Schlußworten wurde dem Vorstand Entlastung erteilt. Die Differenzen zwischen Lange und Urban wurden durch eine Erklärung geschlichtet, in der sich beide verpflichten, weiter zusammen zu arbeiten.

Die zahlreichen Anträge zum Geschäftsbericht werden zumeist durch Ueberweisung zur Berücksichtigung an den Vorstand erledigt teils zurückgezogen. In den Anträgen zur Agitation wird u. a. gefordert: Neueinstellung von Agitationsbeamten, Einrichtung eines Frauenreferats im Hauptvorstand und Anstellung dazu geeigneter weiblicher Kräfte, Einstellung geeigneter weiblicher Agitationskräfte für jeden Gau, Errichtung einer Werbe- und Agitationszentrale im Hauptvorstand, Errichtung einer sozialpolitischen Abteilung, deren Aufgabe die Vornahme berufsstatistischer Erhebungen, Vorbereitung von Gesetzentwürfen, Beeinflussung der gesetzgebenden Körperschaften sein soll. Zahlreich sind auch die Anträge zum Verbandsblatt, die sich zum Teil gegen die im Verbandsblatt vom Redakteur Lange zum Ausdruck gebrachten politischen Tendenzen richten. Ein Antrag Kattowitz verlangt sogar die Absetzung des Redakteurs wegen Mißbrauchs des Blattes zu politischen Zwecken, dagegen begrüßt ein Antrag Königsberg die Haltung des Blattes und spricht dem Redakteur Anerkennung für seine energische Behauptung des Klassenkampf-Standpunktes aus. Die Anträge sind durch die erwähnte Erklärung erledigt.

Die Politik der Generalkommission

findet nicht die Zustimmung des Verbandstages. In namentlicher Abstimmung wird ein Antrag Gera, dessen Hauptinhalt auf eine Mißbilligung dieser Politik hinausläuft, angenommen. Mit Ja stimmte auch eine Reihe von Delegierten, die sonst mit der Politik der Generalkommission einverstanden sind; wie Moritz-Hannover zum Ausdruck bringt, begründen sie ihr Votum damit, daß in dem Antrag auch Forderungen verflochten sind, die sie ebenfalls vertreten. — In Zukunft soll der Beirat die Funktionen einer Kontrollkörperschaft über die Verbandspresse haben, worüber noch verhandelt wird. Der Redakteur soll künftig nicht mehr dem Hauptvorstand angehören, sondern nur in Pressefragen beigezogen werden.

Die mit dem Vertreter der Bureauangestellten getroffenen Vereinbarungen werden gegen wenige Stimmen angenommen. Ueber Anträge, die gegen die Zeichnung von Kriegsanleihe durch den Hauptvorstand protestieren, wird zur Tagesordnung übergegangen. Angenommen wird ein Antrag Lübeck, freiwillige Sammlungen zur Bildung eines Solidaritätsfonds zu veranstalten.

Schlußtagung des Deutschen Bergarbeiterverbandes.

Die Vorstandswahl.

Quade erklärt für die Opposition, da ihr bei der Vorstandsbesetzung nicht entgegengekommen wurde, lehne sie die Gehälter ab.

Die Kommission verkündet das Wahlresultat: Von 258 stimmberechtigten Delegierten beteiligten sich 179 an der Vorstandswahl, 79 enthielten sich. Sachse, 1. Vorsitzender, erhielt 173, Husemann, 2. Vorsitzender, 176, Strühmeyer, Kassierer, 177, Waldhecker, Kontrolleur, 175, Witzmann, Sekretär, 178, Schmidt, Sekretär, 176, Löffler, Sekretär, 171, Wagner, Redakteur, 178 Stimmen. Die gewählten Beisitzer und Ersatzmänner von der Opposition lehnten auch diese Aemter ab, so daß erweiterter Vorstand und Kontrollausschuß nur aus Mitgliedern der Mehrheit zusammengesetzt sind.

Ueber „Demokratie und Sozialismus im Bergbau" sprach Löffler. Er vertritt den Standpunkt der Sozialdemokratie. Die wirtschaftlichen Betriebsräte würden gesetzlich festgelegt werden, das politische Rätesystem sei zu verwerfen. Die Arbeiterräte müßten von einigen starken Wirtschaftsorganisationen getragen werden. Die Demokratie müsse ihre Unterlage sein, nicht Anarchie. Also nicht alle Macht den Arbeiterräten; selbst Trotzky und Lenin seien von diesem Standpunkt abgekommen. Wichtig sei für die Arbeiter, bei dem Uebergang zur Sozialisierung mitzuwirken. Er erläutert den Gesetzentwurf über das Betriebssystem, der der Nationalversammlung vorliegt. Selbst die weitgehendsten Rechte der Betriebsräte nützten jedoch der Arbeiterschaft nichts, wenn es dieser nicht gelingt, intelligente und energische Vertreter hineinzubekommen. Die Arbeit müsse in der Kultur, die Kultur in der Arbeit aufgehen. Einig und geschlossen müsse jedoch die Arbeiterschaft sein, dann werde

der Demokratie der Sozialismus folgen.

In der Aussprache kommen wieder die verschiedenen Auffassungen zur Geltung. Das Referat soll als Broschüre erscheinen.

Der Antrag Muntenbeck und Genossen: Die Generalversammlung möge beschließen, dahin zu wirken, daß die Betriebsräte auf den Zechen sofort freigestellt werden, wird einstimmig angenommen, fast einstimmig eine Entschließung in der es heißt:

Die Ueberführung der Bodenschätze in den Besitz der Allgemeinheit, die Umwandlung der privatkapitalistischen Produktions- und Absatzzweige in eine sozialistische, muß sich unter voller Mitbestimmung der Arbeiter und Angestellten, die durch aus ihrer Mitte gewählte Organe (Ausschüsse, Steigerevier- und Betriebsräte) vertreten werden, vollziehen. Die weiteren Aufgaben dieser Vertretungskörperschaften bestehen in der Mitwirkung

a) bei der Formulierung und den Aenderungen der Arbeits- und Betriebsordnungen,
b) bei der Durchführung und Einhaltung der zwischen den wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiter und Unternehmer abgeschlossenen Verträge über Lohnhöhe und Dauer der Arbeitszeit,
c) bei der Einstellung und Entlassung der Arbeiter und Angestellten,
d) bei dem Strafwesen und dem Strafvollzug,
e) bei der Produktion und deren Steigerung,
f) bei der Festsetzung notwendiger und gesetzlich zulässiger Ueber- und Nebenschichten, sowie Sonntagsarbeiten,
g) bei der Ueberwachung über die Durchführung der berg- und gewerbepolizeilichen Bestimmungen und der Unfallverhütungsvorschriften,
h) bei der Ueberwachung der sanitären und hygienischen Einrichtungen der Betriebe,
i) bei der Untersuchung und Feststellung der Unfallursachen.

Löffler.

Die Mandatsniederlegung der Angestellten wird durch die Wiederwahl des alten Vorstandes als erledigt betrachtet.

Hue, zurzeit Beigeordneter im Handelsministerium, ist die Rückkehr in den Verbandsdienst ebenfalls sichergestellt.

Husemann schließt mit Dankesworten an die Bielefelder Arbeiterschaft und mit der Mahnung an die Delegierten zur Einigkeit, mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf den Bergarbeiterverband die Generalversammlung.

Verbandstag der Kupferschmiede.

In bezug auf die vorher angenommene Entschließung zum Punkt Arbeitsgemeinschaft oder Rätesystem stimmt der Verbandstag mit großer Mehrheit einer Erklärung des Vorsitzenden Hecht zu, in der ungeachtet des gestrigen Beschlusses anerkannt wird, daß bis zur Durchführung des Rätesystems und für den Fall, daß eine Arbeitsgemeinschaft doch zustande kommt, der Verband in ihr mitarbeiten muß, um bei der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen durch den Abschluß von Tarifverträgen nicht ausgeschaltet zu werden.

Sodann wird die Beratung der allgemeinen Anträge fortgesetzt. Das Gehalt der Vorstandsmitglieder wird auf 7500 M., steigend jährlich um 250 M. bis 8500 M. festgesetzt. Der Urlaub beträgt 14 Tage. Die Angestellten müssen mindestens 5 Jahre organisiert sein. Der nächste Verbandstag soll in Kassel abgehalten werden.

Es folgen die Anträge zum Verbandsstatut. Das Eintrittsgeld wird von 20 auf 50 Pf. für Jugendliche und von 50 Pf. auf 1 M. für Großjährige, der Beitrag von 65 Pf. auf 1 M., für Lehrlinge von 20 auf 30 Pf. und für Ausgesteuerte von 5 auf 10 Pf. erhöht; den Filialen bleiben von jeder Mark 15 Pf. Die Streikunterstützung, die je nach der Dauer der Mitgliedschaft gegenwärtig 4—14 M. wöchentlich beträgt, wird erdoppelt, die übrigen Unterstützungssätze werden „entsprechend dem Charakter des Verbandes als Kampforganisation" nicht erhöht. Der Antrag, die Generalversammlung alle zwei statt alle drei Jahre abzuhalten, wird abgelehnt, ebenso der Antrag, die Entscheidung über Streiks den Filialen zu übertragen. Das neue Statut soll am 1. Oktober 1919 in Kraft treten. Die Familien der Kriegsteilnehmer, deren Ernährer in Kriegsgefangenschaft sind, sollen bis zum 31. Dezember 1919 aus dem für diese Zwecke gesammelten Fonds weiter unterstützt werden.

Die Wahlen des Vorstandes und des Vorsitzenden für den Zentralausschuß

hatten folgendes Ergebnis: Zum ersten Vorsitzenden des Verbandes wird Hecht mit 24 Stimmen wiedergewählt; die Opposition gab 14 weiße Zettel ab. Der bisherige Vorsitzende Rabe, der auf eine Wiederwahl in dieses Amt verzichtet, wird anstelle von Bischoff, der wegen vorgerückten Alters sein Kassiereramt niedergelegt und bis auf weiteres als Sekretär gewählt wird, zum Verbandskassierer gewählt. Zweiter Vorsitzender wird Jahrmarkt, der Ausschußvorsitzende Rudolf (Dresden) wird einstimmig wiedergewählt.

Der Verbandstag wird hierauf mit einem anfeuerndem Schlußwort des Verbandsvorsitzenden Hecht geschlossen.

Deutscher Metallarbeiterverband.

Mittwoch, den 25. Juni, nachm. 4 Uhr: Große Versammlung aller auf Zink, Zinn und Blei beschäftigten Kollegen und Kolleginnen im „Reichenberger Hof", Reichenberger Straße 147. Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgemacht. Mitgliedsbuch mitbringen.

Abends 5 Uhr: Versammlung der Metalldrücker Groß-Berlins und Umgegend im Herrenhaus, Leipziger Straße 3 (großer Sitzungssaal). Tagesordnung: 1. Die Lohnverhältnisse der Kollegen in der Provinz gegenüber Berlin. 2. Diskussion. 3. Der Streik bei der Firma Krech. 4. Verbandsangelegenheiten. Kollegen! Es ist unbedingte Pflicht eines jeden Kollegen, pünktlich zu erscheinen.

Abends 5 Uhr: Versammlung aller in der Gold- und Silberwarenindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen im „Dresdener Garten", Dresdener Str. 45. Tagesordnung: 1. Vortrag des Kollegen M. Ulrich: „Das Mitbestimmungsrecht". 2. Diskussion. 3. Verbands- und Branchenangelegenheiten.

Dienstag, den 24. Juni, abends 7 Uhr: Versammlung der Optiker im Gewerkschaftshaus (Restaurant). Tagesordnung: Kündigung des Kollektivvertrages und Gleichstellung mit der Akkordbasis der Mechaniker. Mitgliedsbuch legitimiert.

Schildermaler! Vertrauensmännersitzung am Dienstag, den 24. d. M., abends 7 Uhr, Adalbertstr. 21, bei Wollschläger. Wichtige Beschlüsse.

Verantwortlich für Politik Artur Zickler, Charlottenburg, für den übrigen Teil des Blattes: Alfred Scholz, Neukölln; für Anzeigen: Theodor Glocke, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. in Berlin. Lindenstraße 3.

Copierbücher. Amerikanische Journale.
Geschäftsbücher
Gebr. Scherk, Cöpenicker Str. 108.
2153D* Amt Moritzplatz Nr. 3481, 3482, 3483.

Weigtola Haar-Klinik

Haar-Untersuchung 11—2 und 4—6 Uhr.

Bei starken Haarausfällen, Haarschwund, Haargrippe, Kopfjucken usw. findet man erfolgreiche, gewissenhafte Behandlung in meiner Haarklinik.
Bruno Weigt, Haarspezialist, 11738*
Berlin W, Nettelbeckstr. 14 (Ecke Kleiststraße).

Kleine Anzeigen im „Vorwärts" sind billig und erfolgreich!

Keine Wanze mehr für M. 2.—
nur mit Kammerjäger Bergs Nicodaal I u. II zu erzielen.
Jetzt beste Zeit zur Brutvernichtung.
Erfolg verblüffend. Kinderleicht anzuwenden. Gesetzlich geschützt. Doppelpaket M. 2.—. Ausreichend für 1 bis 3 Zimmer und Betten. 66/19
Alleinverkauf: Sämtliche Warenhäuser A. Wertheim. Bei Eins. von M. 2,40, oder Postscheckkonto Berlin 31 286 portofr. Zus. durch Herm. A. Groesel, Berlin, Königgrätzer Str. 49

Buchhandlung Vorwärts
Berlin SW. 68, Lindenstr. 3
Grundsätze und Forderungen der Sozialdemokratie
Erläuterungen zum Erfurter Programm von
Karl Kautsky und **Bruno Schönlank**
Preis 50 Pf.

Kriegsbeschädigten
kann geholfen werden durch meinen anerkannt vorzüglichen Gesichts- und Finger-Ersatz (Nasen, Kinn, Ohren, Wangen). Verlangen Sie kostenlos illustrierten Katalog. **Max Schwarzlose,** Berlin C 2, Königstr. 45. Zentrum 5365.

Zähne v. 3 M. an Teilz. wöchentl. 1 M. Plomben 1,50. Goldkronen 18 M. Zahnziehen m. Einspr. höchst schmerzlind. Umarb. schlechts. Gebisse Rep. Zahnarzt Wolf sof. Potsdamer Str. 85. Hochb. Sprechz. 9-7.*

Zahnpasta Hekodont
sorgt für weisse gesunde Zähne
Alleiniger Hersteller:
C. W. Hengstmann, Charlottenburg II

Verkäufe

Teppiche, Gardinen, billig. Gelegenheitskaufhaus Schönhorn, Ackerstraße 169/70, Eckhaus Elsasserstraße am Rosenthalerplatz. 120/11

Dungkarren und andere Transportgeräte liefert billigst ab Lager Wagner, Cöpenicker Straße 71. 121R*

Leihhaus Rosenthalertor, Linienstraße 203/4, Ecke Rosenthalerstraße, nur 1 Treppe, kaufen Sie Pelzkragen, Muffen, Skunks, Nerz, Alaska, Blaufüchse und alle anderen Pelzarten, Taschenuhren, Brillanten, Silbertaschen, Alpakataschen. 105R*

Friedensware. Solange Vorrat reicht, verkaufe preiswert allerhand Gardinen, Stores, Portieren, Tüllbettdecken, Waffeldecken, Tischdecken, Diwandecken, Dekorationen sowie fast neue Teppiche, Läuferstoffe, Bettvorlagen, Steppdecken und andere Gelegenheitskäufe. Fried, Prinzenstraße 84, 2 Treppen. (Moritzplatz.) 1/313*

Leiterhandwagen, Handwagen jeder Art, Holzräder. Schmiede, Landsbergerstr. 19.

Tenorhorn, neu, verkauft Usedomstraße 32, linker Seitenflügel III, Krüger. †177

Teppich, Gardinen, Stores, Kleiderschrank, Vertiko, vollständiges Bett, Kücheneinrichtung, Alexandrinenstraße 46 I, Oesnow. 3148b

Schreibmaschine, Adler 7 oder Barlok 10, sehr gut erhalten, verkäuflich. Höchstpreisgebot unter D 27 Hauptexpedition Vorwärts. 3147b

Maßanzug, Friedensware, schwarz, Größe 1,65, neu, 450 Mark. Ein Boa (Zobel), neu, für 430 verkäuflich. Lindenstraße 77, II rechts, Hinterhaus. 3150b

Waschanzug, Friedensstoff, Größe 6, verkauft Kreutzer, Cuvrystraße 34. 3146b

Sportklappwagen, fast neu, zu verkaufen. Pogobski, Schulstraße 108, vorn 4 Tr. †132

Lokaleinrichtung mit Billard zu verkaufen von 5—7. Händler verbeten. Neukölln, Bruno Bauerstraße 4. †106

50 Nähmaschinen zu verkaufen. Teilzahlung gestattet. Hahn, Prenzlauer Straße 20. 58/7*

Teppich, echten oder deutschen, Diwandecke kauft Fröhlich, Schillingstraße 18. Zahle höchsten Preis. (Alexander 3267.) 96/13*

Holzschrauben kauft jede Menge Lehmann, Spandauerbrücke 9. 125/1*

Handleiterwagen sowie Holzräder große Auswahl. Anwalski, Naunynstraße 3.*

Regale, Tische und sonstige Holzartikel, sehr billig. Zorn, Potsdamerstraße 118c. 66/7*

Geschäftsverkäufe

Altershalber gutgehendes Kohlengeschäft für 1800 Mark zu verkaufen. Wippermann, Rigaerstraße 15. 3199b

Möbel

Möbel jeder Art auf Teilzahlung und bar. Große Auswahl. Kulante Bedingungen. Möbelhaus „Luisenstadt", Cöpenickerstraße 77/78, Ecke Brückenstraße, nahe Jannowitzbrücke. 42R*

Möbelkredit an jedermann. Kleinste Anzahlung, bequemste Abzahlung, größte Rücksicht. Einzelne Möbelstücke gebe bereitwilligst ab. Kriegsanleihe nehme in Zahlung. Bei Barzahlung bedeutende Preisermäßigung. Landwehr, Müllerstraße 7, eine Treppe *

Möbelkredit. Bequeme An- und Abzahlung. Einzelne Möbelstücke sowie vollständige Wohnungseinrichtungen. Kriegsbeschädigte und Vorzeiger unserer Annonce erhalten Rabatt. Gustav Göritsch, Stralauerplatz 1/2, Ecke Fruchtstraße, am Schlesischen Bahnhof. 137R*

Möbel-Groß, Große Frankfurter Straße 141, zweites Geschäft: Invalidenstraße 5, Ecke Ackerstraße, liefert stets zu billigen Preisen gute Möbel gegen bar oder bequeme Teilzahlung. Kriegsbeschädigte erhalten Rabatt. Anzeige mitbringen. Wert 5 Mark.

Metallbetten, weiß, schwarz, braun 75.—, Chaiselongues 75.—. Meicke, Augustraße 82A, Quergebäude parterre.

Moderne Küchen von M. 320 bis 1200, lackiert, lasiert und pitchpine, unerreichte Auswahl, billigste Preise, direkt ab Fabrik. Küchenmöbel-Fabrik-Lager Große Frankfurterstr. 4, Ecke Fruchtstraße. 109R*

Chaiselongues, neu, Haarauflage, Gelegenheit, Spezialfabrik Woebs, Augustraße 61. 111R*

Ausstellung modernster Küchen, farbig und lasiert, in allen Preislagen! Besichtigung erwünscht! „Berliner Möbelhaus" M. Hirschowitz, nur Südosten, Skalitzerstr. 23, Hochbahn Kottbusertor. Ich unterhalte keine Filialen! R

Möbelhaus Ackerstraße 162 braucht dringend allerart Möbel, auch einzelne Stücke. 124/19*

Chaiselongues, englische Bettstellen, Patentmatratzen, Auflagematratzen, Metallbetten. Tapezierer Walter, Stargarderstraße 18. R*

Ersparnisse beim Möbelkauf. Entzückende farbige Küchen 355, 375, 395. Stubeneinrichtung mit Sofa 710, Bettstellen 68, 79, 146. Auch Gelegenheitskäufe. Möbelschau, Brunnenstraße 160, Eingang Anklamerstraße. *

Vollständige Wohnungseinrichtung, Stube, bildschöne Annichtküche, nagelneu, spottbillig. (Gewerblich.) Elsasserstraße 6, vorn II links. 112R*

Musikinstrumente

Vorse-Kunstspiel-Apparate, 65- und 88tönig, an Flügel und Piano passend, ständig auf Lager Wilhelm Spaethe, Potsdamer Straße 136/37. 2773b*

Pianos, gute, gebrauchte, 1100 aufwärts, neue preiswert. Abendroth, Bülowstraße 44. 153R*

Adam. Neue Pianos wieder in erstklassiger Qualität, Münzstraße 16. 151R*

Adam. Harmoniums, Münzstraße 16. 151R*

Adam. Stutzflügel, große Auswahl, Münzstr. 16. 151R*

Adam. Reparatur-Stimmwerkstatt. Münzstr. 16. 151R*

Rabenstein-Piano, Friedensware, nußbaum, schwarz, großer Ton, preiswert. Münzstraße 19 III. 74R*

Pianos, prächtige, neue, gebrauchte, mäßige Preise, bequemste Ratenzahlung. Mietsklaviere, preiswert. Sachler, Oranienburgerstr. 42. 14R*

Pianos, besonders billige Gelegenheiten, gute, gebrauchte, prächtige, neue. Pianohaus Max Becker, Andreasstraße 47. 42R*

Nußbaumpiano, Prachtinstrument, Panzerstimmstock, Garantieschein, 2100,—, Blüthnerpiano spottbillig. Pianospeicher Alexanderstraße 37 (Alexanderplatz). 109R*

Wandergitarre, Wandermandoline 45.—, erstklassige 85.—, Konzertlaute 135.—, Künstlerlaute 175.—, Unterricht 8.— Monatshonorar (schnellfördige Schnellkurse). Konzertgeige mit Etui 85.—, Künstlervioline 145.—, verkauft Ernst, Oranienstraße 166 III. 110R*

Pianofabrik Lehmann, Lichtenberg, Möllendorffstraße 49, bietet in ihrem Magazin, Leipzigerstraße 115, und Gr. Frankfurterstraße 106 eine sehr große Auswahl in Pianos, Harmoniums, Kunstspielpianos, Harmoniums mit eingebautem Spielapparat. Spielapparat für jedes Harmonium passend, ohne Notenkenntnisse sofort spielbar. Billig sehr preiswert. 162R*

Pianos. Stutzflügel, Klaviermacher Linke, Bergstraße 25 (Invalidenstraße). 58/12*

Klavier 850.—, elegantes schwarzes 1950.—, Nußbaumpiano 2700.—, Konzertpiano 3500.—, verkauft Ernst, Oranienstraße 166 III. 110R*

Salonharmonium 875.—, Konzertharmonium 1250.—, mit eingebautem Spielapparat, auch ohne Notenkenntnisse spielbar 1450.—, kleines 180.—, Berger u. Co., Oranienstraße 166. Privatverkauf III. 110R*

Stutzflügel, eleganter schwarzer, 1950.—, Bechsteinflügel, Bösendorfer 5800.—, Konzertflügel 3500.—, verkauft Ernst, Oranienstraße 166 III. 110R*

Piano, nußbaum, schwarz, preiswerte Gelegenheit. Rehbes, Brunnenstr. 150 II. *

Pianos, große Auswahl, Friedensware, Reparaturen, Stimmen, preiswert. Dittmar, Große Frankfurterstraße 44. 38/20

Fahrräder

Fahrräder. Ständiger An- und Verkauf gummibereifter Räder. Fahrradhaus Carl Kauk, Weberstraße 42. *

Herrenrad, Damenrad mit Gummibereifung, verkauft W. Teichert, Kommandantenstraße 60. 103R

Fahrräder, neue und gebrauchte, mit Gummi, preiswert. Decken und Schläuche wieder eingetroffen. Struck, Grüner Weg 13. 106R*

Fahrräder, Decken, Schläuche, wenn auch entzwei, kauft und holt ab Gericke, Schöneberg, Kaiser-Friedrichstraße 9. 164R*

Fahrraddecken, Schläuche, preiswert. Schwandtke, Linienstraße 19. 57/5*

Kaufgesuche

Metallabfälle, Kupfer, Messing, Zinn, Nickel, Zink, Aluminium, Quecksilber, photographische Rückstände, Platin, Gold- und Silberabfälle, sowie alle anderen Metalle kauft „Metallkontor", Alte Jakobstraße 138, Ecke Hollmannstraße. Tel.: Moritzplatz 12 858. 114R*

Gelkorke, gebrauchte, Stück 20 Pf., Weinkorke, lange, Stück 4 Pf., kauft Sperber, Zehdenickerstraße 13 (am Rosenthaler Tor). Norden 4868. 120/20*

Leinöl firnis, Standöl, Lacke, Bleiweiß, Schellack usw. kaufen jeden Posten Gebrüder Boromski, Gneisenaustraße 5, (Hallesches Tor). Kollendorf 2579.

Quecksilber! Platinabfälle! Zahngebisse! Silberabfälle! Nickel! kauft zu Selbstverbrauchspreisen! Metallschmelze Baruch, Fennstraße 48. 48/1*

Platin-, Gold- und Silberabfälle, Quecksilber, Ketten, Ringe, Bestecke, Uhren, Tafelaufsätze, Tressen, photographische Rückstände, Papiere, Glühstrumpfasche, alte Zahngebisse, salpetersaures Silber, deren Rückstände und Gekrätze usw. kauft Platin- und Silberschmelzerei Broh, Berlin, Cöpenickerstraße 29. Telephon: Moritzplatz 3476. Eigene Schmelze, direkte Verwertung. 10R*

Messingabfälle! Quecksilber! Kupferabfälle! Zinnabfälle! Zinnrohr! Stanniolpapier! Nickelabfälle! Bleiabfälle! Zinkabfälle! Platinabfälle! Zahngebisse! Bruchgold! Silberbruch! Ringe! höchstzahlend! Fabrikpreise! „Metallschmelze Baruch", Fennstraße 48. 1/1*

Kupferabfälle! Quecksilber, Messing, Zinn, Nickel, Zink, Blei, Aluminium, Stanniol, Zahngebisse, Glühstrumpfasche, Platin, Bruchgold, Silberbruch, Ketten, Ringe, höchstzahlend. „Metallschmelze Cohn", Brunnenstraße 11 und Neukölln, Kaiser-Friedrichstraße 229 (nahe Hermannplatz). 134R*

Edelmetalleinkauf Platinaabfälle, Goldabfälle, Silberabfälle, Zahngebisse. Frau Anuth, Annenstr. 54. b*

Platin, Silber, zu Originalschmelzpreisen kauft Metallschmelze Cohn, Brunnenstraße 11, Hof, und Neukölln, Kaiser-Friedrichstr. 229 (nahe Hermannplatz). 134R*

Borax, Paraffin, Wachs, Schellack, Leinölfirnis Friedenslacke und ähnliches kauft Walter, Thaerstraße 6. 166R*

Metalle jeder Art zu höchsten Preisen kauft jeden Posten Zweig, Invalidenstraße 142. Norden 9649. *

Elektrische Installations-Materialien kauft laufend Buscher, Brandenburgstraße 39. Moritzplatz 12912. 162R*

Zelluloidabfälle, Schallplatten, Wachswalzen, Glühstrumpfasche kauft „Metallkontor", Alte Jakobstr. 138, Ecke Hollmannstraße. (Moritzplatz 12 858.) 114R*

Teppiche, Möbel, Speisezimmer, Einzelmöbel, Gardinen kauft Schönborn, Ackerstraße 169/170. Norden 10 896. 104/4*

Platinabfälle, Gramm bis 12 Mark. Zahngebisse in Platin, Gold, Kautschuk zu höchsten Preisen kauft Metallkontor Alte Jakobstraße 138, Ecke Hollmannstraße. Moritzplatz 12858. 114R*

Teppich, echten oder deutschen, 2 Brücken, guterhalten, bitte Größe mit Preisangabe. Kümmel, Borsigstraße 26, U vorn. 104/5*

Platinankauf, Goldabfälle, Silberabfälle, Zahngebisse, Münzen. Frau Linke, Blücherstraße 40. 155R*

Kupfer, Messing, Zink, Zinn, Blei, Stanniol, Aluminium, Quecksilber, Celluloid, Gold, Silber, Platin sowie alle Metallabfälle kaufen Peters, Prenzlauerstraße 24, Peters, Reinickendorferstr. 12, Nübus, Waldstraße 3, Ecke der Turmstraße, Ermel, Gubenerstraße 59, Ecke der Frankfurter Allee, Degener, Behnstr. 46, Schöneberg. Händlern und Fabrikanten Extrapreise. Königstadt 5665. *

Piano, Flügel oder Harmonium sucht Schachtschneider, Buckowerstraße 14 III. (Preisangabe.) 110R

Stutzflügel oder Piano kauft Janesak, Lüneburgerstraße 7, Gartenhaus IV. Preisangabe erbeten. 110R*

Möbeleinkauf, Wirtschaften, Büfett, Teppiche, Klaviere, Federbetten, Taschenuhren, höchstzahlend Pannes, Choriner Straße 75. Norden 3274.

Leitungsdrähte, Kabel, Litzen, Anker, Spuldraht, Wachsdraht kauft Großfeld, Kottbuserstraße 21. Moritzplatz 4016. 174R*

Norden 1727. Wegen Niederlassung gebrauche ich Schlafzimmer, Speisezimmer, Klaviere, Teppiche, Betten sowie Einzelstücke höchstzahlend. Gottlieb, Elsasserstraße 28. 168R*

Spiralbohrer, Werkzeuge, nur neue, Motore, Schreibmaschinen, neue und gebrauchte, kauft laufend Richard Berlin, Moabit, Lübeckerstraße 16. 73R*

Elektrische Leitungsdrähte, Litzen, Kabel kauft preiswert A. Schumann, Große Frankfurterstraße 31 II. Königstadt 1214. 71R*

Elektromotore, Materialien kaufen laufend Gebrüder Sandmeyer, Markgrafenstraße 63 a. 70R

Piano kauft von Private Liebau, Neukölln, Münchenerstraße 38. 3023b*

Zahngebisse, Platinabfälle, Quecksilber, salpetersaures Silber, sowie sämtliche Edelmetalle und Unedelmetalle, Elektrische Kabeldrähte, Fellulolde, Filmabfälle, Glühstrumpfasche, kauft höchstzahlend „Silberschmelze Christianat", nur Köpenickerstraße 20a (gegenüber Manteuffelstraße). 53/11*

Telephon-Apparate mit Kurbel kauft Burkhardt, Heidestraße 34. Kontor Hof rechts. 3135b*

Fahrräder, Decken, Schläuche, Autobereifung kauft Schwandtke, Linienstr. 19. 57/6*

Verschiedenes

Erfinder. Patentbureau Dadischer, Gertraudtenstraße 15. Zentrum 7000. *

Rechtsberatung kostenlos! Spezialist: Ehesachen, Strafsachen! Prozeßführung vor allen Gerichten! Gesuche! Rechtshilfsstelle Neukölln, Berliner Straße 102/ (Hermannplatz.) Auch Sonntags! 127R*

Dauerwäsche reinigt, verkleinert und repariert Born, Reichenbergerstraße 7. 78R*

Rechtsauskunftei Invalidenstraße 184. Strafsachen, Ehesachen, Alimenten-, Rentensachen, Beobachtungen, Ermittlungen. 188R*

Maßkorsetts fertigt an bei Stoffangabe Frau Margarete Richter, Fehrbellinerstr. 5. *

Suchen Pachtungen jeglicher Art. Passende Pächter vorhanden. Bureau „Klug", Friedrichstraße 131 II. 71R*

Kriegsanleihe, Auslandspapiere, Pfandscheine, beleiht, kauft Beleihungsstelle für Wertpapiere, Holzmarktstraße 69—70. 59/2

Selbstgeber verleiht Darlehen in jeder Höhe. Hanziger, Lützowstraße 17. 106R*

Privatmann gibt Gelddarlehen jedermann, günstige Bedingungen. Brückenstr. 5, Messing. 59/4*

Pfand- und Lombardscheine kauft und beleiht Roack, Rastenburgerstraße 4 I, Nähe Bahnhof Weißensee. 59/3

Unterricht

Englischen Unterricht für Anfänger und Fortgeschrittene, sowie deutsche und französische Stunden erteilt G. Swienty, Charlottenburg, Stuttgarterplatz 9, Gartenhaus IV. *

Erwachsenen Weiterbildung: Richtig Deutsch (Einzelunterricht), Französisch, Englisch, Mathematik, Rechnen. Lehrer Smilowski, Schöneberg, Hauptstraße 140. 96R*

Schlesplatz, Kaufmännische Privatschule von Max Schelich, Inhaber Emil Walther, Berlin, Brüderstraße 39. Anfang Juli beginnen Jahres- und Halbjahreslehrgänge zur Ausbildung für den kaufmännischen Beruf. Fernsprecher Zentrum 3677. 138R*

Börsebahnhof, Neue Promenade 3. Kaufmännische Privatschulen von Ludwig Kühner, Spittelmarkt, Seydelstraße 1. Halbjahres-, Jahreslehrgänge. Privatzirkel in allen Fächern beginnen 1. Juli. 134/18*

Tanzschule Friedrich, Dresdenerstraße 45, Ecke Prinzenstraße. Neue Sommerkurse beginnen. Täglich Unterricht. Anmeldung jederzeit. 29/3*

Gefunden und verloren

Stadtbahn, feines Batistleinen sowie Spitzenkragen und Spitzen am 19. verloren. Gegen hohe Belohnung abzugeben. Hardt, Wrangelstraße, Kaserne. †13

Arbeitsmarkt

Stellenangebote

Tüchtige Tischler für Innenbau und fournierte Möbel sucht Tischlerei Teltowerstraße 59. 3155b*

Korbmacher für Berliner Obstkörbe verlangt Weidenhandlung, Berlin N., Fürstenbergerstraße 11. †68

Tüchtige Zementierer werden eingestellt, Lichtenrade, Kaiser-Friedrichstraße. Baustellen. †63

Landarbeiter, besonders Frauen und Mädchen, dabei auch Männer und Burschen, werden als Schnitter bei ausreichendem Barlohn und Deputat gesucht. Arbeitsamt Koppenstraße 94. 111R*

Zeitungsausträgerin verlangt die Vormittagsausgabestelle Ackerstraße 171, am Koppenplatz. *

Zeitungsausträgerin verlangt Vorwärts-Spedition, Prinzenstraße 3.

Fantasiefedern. Geübte Arbeiterinnen im Hause sucht Adolf Rosen, Wallstraße 16. *

Lehrmädchen für Putzfedernfabrikation sucht Adolf Rosen, Wallstraße 16. 153R*

Junge Mädchen für leichte Handarbeit verlangen Feier u. Schneemann, Hosenträgerfabrik, Spandauerstr. 19. 30/1

Registrierin auf Kontobücher sucht Heyer, Lindenstraße 43. 2149b

Näherinnen im Hause für feine Waschblusen sofort gesucht. Wilhelm Zerlitsch, Blusenfabrik, Kaiser-Wilhelmstraße 50. 125/4*

Reinmachefrau gesucht. Zigarrengeschäft, Jerusalemerstraße 56. 73/13

Anarbeiterinnen, mehrere tüchtige, auf Damenkleider, sucht bei hohen Löhnen Kiefer, Tempelhofer Ufer 31.

Herrenhutgarniererinnen für Ladenarbeit verlangt Adolf Ascher, Wallnerstraße 5.

Näherin, geübte, auf Zinkbecher suchen O. und P. Wolff, Gerichtstraße 28. 53/3